



# VORWÄRTS



## sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983 Nr. 172

Mai 2008

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

### Österreich



#### EU-Vertrag: Für ein linkes NEIN

Kronzeitung, FPÖ, BZÖ und rechte Splittergruppen mobilisieren zur "Verteidigung der Heimat" gegen die EU. Die wahren Skandale, die mit dem EU-Vertrag verankert werden sollen, werden durch das nationalistische Geschrei überdeckt. VORWÄRTS zeigt Gründe für ein linkes NEIN zum EU-Vertrag SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Angriff auf das Gesundheitswesen

Nach der blau-schwarzen "Pensionsreform" geht die Regierung nun das nächste neoliberale Projekt an. Das Gesundheitssystem soll "reformiert" werden. Am Anfang solcher Reformen stehen immer Lügen, so auch diesmal. SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Mai 1968: Ein Monat, der die Welt erschütterte

Entgegen dem Mythos einer bloßen Studierendenrevolte stand tatsächlich die Frage einer durch die ArbeiterInnen erkämpften sozialistischen Revolution auf der Tagesordnung. SEITEN 4/5

### Internationales



#### Dalai Lama gescheitert - Heuchelei im Westen

Aufgrund seiner reaktionären Ideen ist dem Dalai Lama die Kontrolle über die Aufstände in Tibet längst entglitten. Die Weltpolitik opfert die TibeterInnen auf dem Altar der Wirtschaftsbeziehungen zu China. SEITE 7

# Die Partei wollen wir:



## LINKS



## KÄMPFERISCH



## SOZIALISTISCH

*So kann's nicht weitergehen mit der Regierung – doch wo sind die linken Alternativen?*

von John Evers, SLP-Wien

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher und selbst die Hälfte der SPÖ-Basis ist mit Alfred Gusenbauer unzufrieden (IMAS-Umfrage). Was bereits mit dem Regierungsantritt viele befürchteten, ist inzwischen Realität geworden: Es ist leider nicht zu einer Wende zum Besseren gekommen! Das gilt zumindest für die Masse der Bevölkerung, die weiter unter Reallohnverlusten, Studiengebühren und anderen Belastungen leidet. Einen traurigen Höhepunkt bildet die Annahme des EU-Vertrags durch SPÖ, ÖVP und Grüne, obwohl eine klare Mehrheit eine Volksabstimmung forderte.

#### Warum fällt Gusi ständig um? Warum wird die Strache-Truppe umworben?

Manche erinnern sich vielleicht noch an die Zeit, in der die SPÖ-Führung eng mit den Gewerkschaften verbunden war und das Wort "Reform" für Verbesserungen stand. Diese Zeiten sind offensichtlich vorbei. Die SPÖ ist inzwischen eine andere Partei geworden. Was an alter Basis (noch) vorhanden ist, hat keinen Einfluss auf die Politik in der Regierung. GewerkschafterInnen, die tatsächlich als Interessensvertreter handeln, werden von der Parteiführung geradezu als Fremdkörper betrachtet. Ganz im Gegensatz übrigens zu den RechtsextremistInnen von der Strache-FPÖ, mit denen immer wieder Deals im Parlament laufen. Von bloßen "Umfallern" gegenüber der ÖVP oder Ausrutschern mit der FPÖ kann man inzwischen jedenfalls nicht mehr reden. Die

"Umfaller" haben System. Sie stehen für den Wandel der SPÖ zu einer Partei, die viele zu Recht nicht mehr von anderen neoliberalen Parteien unterscheiden können.

#### Links, kämpferisch und sozialistisch – warum nicht gerade auch in Österreich?

Die wachsende Politikverdrossenheit drückt in Wahrheit die steigende Ablehnung gegenüber der etablierten, neoliberalen Politik aus. Dieses Phänomen gilt – wie überall in Europa – auch in Österreich. Fast überall auf dem Kontinent existieren aber inzwischen Kräfte links von Sozialdemokratie und Grünen. Besonders ist somit hierzulande höchstens die Schwäche einer organisierten linken Opposition. Ändern kann und wird sich das vor allem, wenn der gewerkschaftliche Widerstand gegen Sozialabbau (wieder) wächst. Dass die ÖsterreicherInnen in jedem Fall kein Anti-Streik-Gen besitzen, ist spätestens seit dem Streikjahr 2003 bewiesen. Die Sozialistinnen und Sozialisten von der SLP kämpfen dafür, dass das Projekt einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche auch in Österreich Fuß fasst. Wir glauben, dass dieser Prozess längst begonnen hat und zumindest die Idee einer solchen neuen Partei schon in vielen Köpfen vorhanden ist. Gleichzeitig treten wir dafür ein, dass eine solche Kraft nicht nur klar gegen Sozialabbau und Rassismus eintritt. Darüber hinaus kämpfen wir für eine sozialistische Alternative – gerade gegenüber jenen "Sachzwängen", mit denen uns die etablierte Politik stets neue Kürzungen und Belastungen verkaufen will.



## NEIN DANKE



## Ja BITTE

Mehr Informationen auf [www.slp.at](http://www.slp.at) & [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Der Standpunkt

**Oursourcing =  
Privatisierung =  
Verschlechterung**

von Sonja Grusch,  
Bundessprecherin der SLP



Der Titel dieses Kommentars ist falsch. Denn Outsourcing/Privatisierung bedeutet keine Verschlechterung. Zumindest nicht, wenn man sich auf die "Kostenfrage" beschränkt. Wenn SPÖ-Ministerin Berger andenkt, Teile des Strafvollzuges auszulagern, dann hilft ihr das, die Kosten zu senken und das macht sich gut in der Statistik. Warum? Weil sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den letzten Jahrzehnten höhere Löhne, längeren Urlaub und bessere Sozialleistungen erstritten haben. Und weil eine Firma, an die Leistungen ausgelagert werden, diese einfach nicht bezahlen muss. Outsourcing ist also schlechter für die Beschäftigten.

Konkret geht es der Frau Justizministerin darum, ÄrztInnen und PsychologInnen, die mit "geistig abnormen RechtsbrecherInnen" arbeiten sollen, über eine "Justizbetreuungsagentur" anzustellen. Es wird also bei der Resozialisierung gespart. Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Erstens bedeuten geringere Personalkosten auch weniger bzw. schlechtere Leistung. Nicht weil die ÄrztInnen/PsychologInnen per se schlechter wären. Aber weil sie mehr Menschen in weniger Zeit betreuen müssen. Da bleibt die Qualität auf der Strecke. Outsourcing ist erfahrungsgemäß der erste Schritt zur Privatisierung. Privat geführte Gefängnisse sind weltweit auf dem Vormarsch. Es ist zu befürchten, dass sie auch in Österreich nur eine Frage der Zeit sind. Und private Unternehmen wollen Profit machen. Wie lässt sich mit Gefängnissen Gewinn machen? Durch Sparmaßnahmen in der Ausstattung (mehr Häftlinge pro Zelle = mehr Spannungen und Gewalt), der Qualität der Betreuung (weniger Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten = weniger Chancen nachher) und der Sicherheit (mehr Stress und weniger Personal = mehr Waffen gegen Häftlinge). Unterm Strich bedeutet das alles mehr Law&Order und weniger Resozialisierung. Aber das ist privaten GefängnisbetreiberInnen vielleicht gar nicht so unrecht: Weniger Resozialisierung bedeutet mehr künftige Häftlinge, das bringt wiederum mehr Profit. Privatisierung ist also doch gut – zumindest für die BetreiberInnen privater Gefängnisse.

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und  
Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),  
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei  
Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien;  
DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

EU-Vertrag: Wie können wir Widerstand breit und kämpferisch organisieren?

# Rechte Demagogie und linke Perspektiven

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Nach dem kläglichen Scheitern der EU-Verfassung haben sich die Herrschenden Europas nach einer kurzen Phase des Schocks zu einem neuen Anlauf, gegen den Willen der europäischen Bevölkerung entschlossen. Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis der EU, dass es nur in Irland eine Abstimmung über den Reformvertrag geben wird. Frei nach dem Motto: Wenn das Volk nicht will wie wir, dann wird es nicht gefragt. Gusenbauer hat schon angekündigt, ein irisches "Nein" nicht anzuerkennen.

## Neoliberalismus pur

Der EU-Reformvertrag enthält unter anderem die Verpflichtung zur Aufrüstung der Mitgliedsstaaten, zum Aufstellen von EU-Battlegroups und deren Einsatz im Ausland zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten für die europäische Wirtschaft. Kollektivverträge sollen aufgeweicht und Gewerkschaften geschwächt werden. Das Sozial- und Bildungssystem, Unternehmen und natürliche Ressourcen (wie z.B. Wasser) sollen privatisiert werden. Dazu kommt der weitere Ausbau der "Festung EUropa" zum unüberwindlichen Hindernis für Flüchtlinge und Verfolgte.

## Demagogie und Lügen

Nicht nur, dass das BZÖ in der Regierung für die EU-Verfassung gestimmt hat. Auch die tägliche Politik von FPÖ und BZÖ strafen ihre Propaganda gegen den Reformvertrag Lügen. Die Verpflichtung zur Aufrüstung und die Beteiligung an imperialistischen Kriegen ist nichts EU-Spezifisches. FPÖ und ÖVP haben gemeinsam die Eurofighter



Kämpferische GewerkschafterInnen auf der Demonstration für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag in Wien

gekauft – und dabei Milliarden versenkt. Das BZÖ hat selbst in Kärnten große Teile der öffentlichen Wasserversorgung privatisiert.

In der Tat befriedigt der EU-Reformvertrag die Bedürfnisse der Banken und Großkonzerne nach billigen Arbeitskräften mit immer weniger Rechten, nach Kriegseinsätze für die Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten, nach weiterer Deregulierung und Privatisierungen. FPÖ, BZÖ und Kronen Zeitung stehen für genau dieselbe Politik, nur eben in einem "nationalen" Rahmen. Das Resultat bleibt gleich – Schwächung der Gewerkschaften, verstärkte Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen und Rassismus. Nur soll nach den Vorstellungen der rechten DemagogInnen an Stelle der Festung EUropa eben die Festung Österreich gegen Flüchtlinge ausgebaut werden.

## Mobilisierung

In Österreich demonstrierten Tausende gegen den Reform-

vertrag. Auf der Demonstration, die von Kronen Zeitung, FPÖ und BZÖ beworben wurde, und für die aus ganz Österreich DemonstrantInnen angekarrt wurden, kam es zu einer Kundgebung von militanten Neonazis. Ein Block der ultra-rechten NVP marschierte mit Sprüchen wie "Frei, sozial, national", die der deutschen NPD entlehnt sind. Flugblätter zur Freilassung von Gerd Honzik, einem österreichischen

Neonaziführer, der wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung im Gefängnis sitzt, wurden verteilt. AntifaschistInnen, die das offene Auftreten von Neonazis an den Rockschößen der Kronen Zeitung nicht dulden wollten, wurden verprügelt.

Selbst in die Großdemonstration der linken Plattform "Volxabstimmung" versuchten sich Rechtsextreme zu mischen und zu provozieren. Nur

mit der Entschlossenheit antifaschistischer DemonstrantInnen – z.B. jenen der SLP – konnten sie aus der Demo hinausgedrängt werden.

Die linke Bewegung gegen den EU-Reformvertrag muss sich klar von rechten Demagogen und ihrem primitiven Nationalismus abgrenzen. Sie braucht ein antirassistisches und antikapitalistisches Programm. Das fehlte bis zuletzt – v.a. im öffentlichen Auftritt. Selbst einige deklariert linke AktivistInnen fürchteten offenbar, man würde an "Breite" verlieren. Diese Strategie ist definitiv gescheitert. Potentielle GegnerInnen des Vertrags, die nichts mit Nationalismus am Hut haben, wurden vielmehr abgeschreckt. Die Bewegung bekam so nicht jene linke und kämpferische Breite, die eigentlich möglich gewesen wäre.

Nun denken viele AktivistInnen nach, wie es weiter gehen sollte; auch über Wahlprojekte wird debattiert. Die SLP wird sich an diesen Debatten intensiv beteiligen. Wir meinen aber auch, dass es gilt, die Schwächen der bisherigen Bewegung(en) zu analysieren, um diese zugunsten einer klar kämpferischen und linken Positionierung zu überwinden.

## Drei sozialistische Punkte gegen den EU-Reformvertrag:

- 1) Eine Bewegung gegen den EU-„Reform“ Vertrag bzw. die EU an sich darf nicht der nationalistischen extremen Rechten überlassen werden sondern muss entschieden gegen diese auftreten. Wir sind nicht gegen ein geeintes Europa, sondern gegen das Europa des Kapitals. Die extreme Rechte steht für die Interessen der Kapitalisten und die Spaltung der ArbeiterInnen. Wir sind für den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen und Jugendlichen in ganz Europa gegen Kapitalismus und Rassismus.
- 2) Der EU-„Reform“ Vertrag wird weder in Gremien noch durch Unterschriften allein verhindert werden. Auf die etablierten Parteien ist kein Verlass – sie agieren über unsere Köpfe hinweg. Nur Massenbewegungen von unten können diesen neuen Angriffe zurückschlagen. Durch Massendemonstrationen und Proteste auch über Ländergrenzen hinweg.
- 3) Der ÖGB ist mit über einer Million Mitglieder eine Massenorganisation. Seine Aufgabe ist es, die Interessen der ArbeiterInnenklasse zu verteidigen – und nicht der SPÖ in Kadavergehorsam zu folgen. Die Gewerkschaftsbewegung ist aufgefordert, aktiv gegen den EU-„Reform“ Vertrag zu werden und Widerstand dagegen zu organisieren. Sie hat auch die Verantwortung sich am Aufbau einer neuen, politischen Vertretung der ArbeiterInnenklasse zu beteiligen, die sich nicht an den Interessen der Unternehmen, sondern an jenen der Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und PensionistInnen orientiert.

Unterschreiben ist gut - reicht aber nicht!

# Salzburg: Sozialer Wohnbau dringend notwendig

von SLP-Salzburg

In Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: "Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl (...), einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, [...] gewährleistet." In Salzburg wird dieses Menschenrecht vielen Leuten verwehrt. Beim Wohnungsamt sind 4.000 Personen als suchend vorgemerkt. 1.600 davon sind dringende Fälle - das ist z.B. eine fünfköpfige Familie, die in einer 55m<sup>2</sup> Wohnung leben muss.

## 1.000 neue Wohnungen

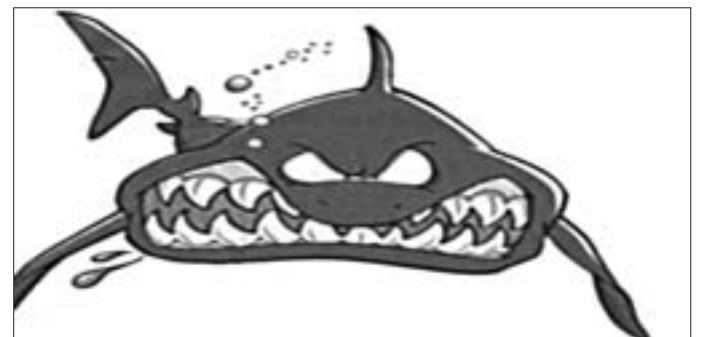
In den 90er Jahren gab es einen Beschluss des Salzburger Gemeinderats, um die drückende Wohnsituation zu bewältigen. 1.000 neue Woh-

nungen sollten fortan jedes Jahr gebaut werden. Es blieb bei guten Vorsätzen. 2005 baute die Stadt nur 448, im Jahr 2006 waren es gar nur 118 neue Wohnungen. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Während der Mietwohnungsbau immer mehr zurück geht privatisiert die Stadt selbst sogar noch einen großen Teil der an sich schon gering gesäten Mietwohnungen in öffentlichen Eigentum. Gleichzeitig steht eine Reihe von Gebäuden leer. Sie verkommen und werden von der Stadt und Immobilienhain als Spekulationsobjekte genützt, und das, obwohl Wohnraum so dringend benötigt wird.

## Preistreiberei

Die BewohnerInnen der Stadt Salzburg haben Österreichweit die kleinste Wohn-

fläche pro Person. Um den bundesweiten Durchschnitt zu erreichen wären zusätzliche 420.000 Quadratmeter Wohnfläche notwendig. Für den wenigen Wohnraum zahlen die SalzburgerInnen auch noch übermäßig viel. Jungfamilien zahlen in Salzburg durchschnittlich 8,13 Euro pro Quadratmeter Miete. In Linz sind das nur ca. 6,55 Euro. Mit Betriebskosten zahlt man/frau in Salzburg sogar durchschnittlich 11,31 Euro pro m<sup>2</sup> (Zahlen aus dem Jahr 2006; dürfte durch Inflation heute noch teurer sein). Salzburg ist nicht nur bei den Mietpreisen sondern auch bei den Betriebskosten österreichischer Meister in Preistreiberei. Nötig ist ausreichend kommunaler Wohnbau mit leistbaren Mietpreisen und eine Senkung der Betriebskosten (an deren astronomi-



Nur eine breite Bewegung kann den Miethaien die Zähne ziehen

scher Höhe die Stadt heute blendend verdient).

## Was tun!

Ein von der KPÖ initiiertes Bürgerbegehren mit der Forderung nach 1.000 neuen Wohnungen pro Jahr erlangte die notwendigen 2.000 Unterschriften. Die folgende Bürgerbefragung (Abstimmung der Forderungen) war leider nicht erfolgreich. Die KPÖ

hat sich im wesentlichen auf das Sammeln von Unterschriften beschränkt und nicht versucht, eine aktive Bewegung in Salzburg rund um das Thema aufzubauen.

Nichtsdestotrotz ist und bleibt das Thema ein brennendes, weil viele Menschen in Salzburg unter der Wohnungsnot leiden und auch bereit sind, sich gegen die aktuelle Politik der Stadtregierung zu wehren.

Die Zeit, wo die Gewerkschaft die Bahn führt, muss vorbei sein.

Ich bekenne mich zur Börsenfähigkeit der Bahn, allerdings muss der Weg dahin nicht über Spekulationen laufen, sondern über seriöse Krokodalarbeit am Markt.



## ÖBB: Ist Haberzettl vom Teufel geritten?

*Molterer versucht die Flucht nach vorne und der Gewerkschaftschef spielt den Steigbügelhalter für die Bahn-Privatisierung*

Schlechter kann Interessensvertretung kaum betrieben werden: Das Bahnmanagement ist mit seinem Sanierungskurs auf Kosten der Beschäftigten und KundInnen durch diverse Skandale angeschlagen. Die ÖVP ist schwer in der Klemme, nachdem sich ihr Mann – Martin Huber – verspekuliert hatte. Niemand versteht die kolportierte Abfertigung von 822.000 Euro, die diesem Manager nachgeschmissen wird. In der Bevölkerung gibt es eine klare Stimmung gegen die ÖBB-Privatisierung!; internationale Beispiele lassen grüßen. Der Vizekanzler versucht trotzdem die Flucht nach vorn und sagt: "Rasche Privatisierung des Personenverkehrs jetzt." Und dem ÖBB-

Spitzengewerkschafter Wilhelm Haberzettl fällt nichts Besseres ein, als "seinem" Infrastrukturminister Faymann – der fällt sowieso routinemäßig um – zuzustimmen und zumindest die Idee von der Börsenfähigkeit der Bahn gar nicht so schlecht zu finden.

**Entschlossener Widerstand – auch gegen den Kurs der Vida-Führung – notwendig**

Die letzten Jahre waren eine Katastrophe für die Bahn und – durch die Personalkürzungen – vor allem für die dort Beschäftigten. Sowohl die Aussagen von Molterer, wie auch Haberzettls Reaktion stellen

eine Provokation der ÖBBlerInnen dar. Beispiele, wo Management, Regierung und Gewerkschaftsspitze gemeinsam die Privatisierung der Bahn gegen die Interessen der Gewerkschaftsbasis durchsetzen, gibt es aber leider genug: Gerade jetzt soll z.B. nach diesem "Modell" die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn umgesetzt werden. Im Gegensatz dazu haben gerade auch die ÖBBlerInnen vor wenigen Jahren gezeigt, dass sie in der Lage sind ihre Interessen kämpferisch zu vertreten. Dazu brauchen sie allerdings offenbar eine andere gewerkschaftliche Vertretung als jene, die jetzt an der Spitze des ÖBB-Betriebsrats steht.

### Post in Österreich: Personalabbau!

Auch bei der Post wird weiter bei den MitarbeiterInnen eingespart: Zu Ende des Vorjahres hatte die Post die Großkunden Otto/Universal Versand und Quelle/Neckermann an den Neueinsteiger Hermes verloren. Daraufhin beschloss die Post ein Sparprogramm, das den Abbau von rund 1.700 MitarbeiterInnen bis 2012 vorsieht. Zusätzlich gibt's ein "Auslagerungsprogramm": Die ÖI-AG, die die Mehrheit an der Post hält, will eine "Auffang-Stiftung", die als Auffanggesellschaft 2.000 bis 2.500 der 6.900 Telekom-MitarbeiterInnen und in den nächsten Jahren auch 2.000 Post-MitarbeiterInnen übernehmen soll. Eventuell, hieß es danach, könnten selbst überzählige ÖBB-MitarbeiterInnen in dieser Gesellschaft aufgenommen werden. Dabei geht's darum, MitarbeiterInnen auszulagern und die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Gewerkschaftsführung hat zwar die Gespräche abgebrochen, aber keinen Plan zu kämpfen, um Personalabbau und Verschlechterungen zu verhindern. Anders in Deutschland: Dort wurde die Post-Gewerkschaftsführung von der Basis gezwungen, für höhere Löhne zu kämpfen.

### Post in Deutschland: Streik gegen Jobabbau!

Am 1. April dieses Jahres legten 7.000 Post-Beschäftigte in 14 Städten Deutschlands die Arbeit nieder, um gegen Arbeitszeitverlängerung und für einen verlängerten Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen zu demonstrieren. Hintergrund ist, dass die Deutsche Post AG den am 31. März 2008 ausgelaufenen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung nicht verlängert. Der erstmals 1994 geschlossene Pakt schließt seither betriebsbedingte Kündigungen aus. Dafür gestand ver.di dem Konzern die Streichung eines Arbeitszeitverkürzungstages (AZV-Tag) und Arbeitsverdichtung zu. Die Vorteile dieser Vereinbarung – eine Reduzierung der Lohnkosten um fast 100 Millionen Euro – nahm die Post-Spitze gerne mit. Doch die Arbeitsplatzgarantie ist für sie jetzt Schnee von gestern. Ende letzten Jahres kam es zur Einführung eines Post-Mindestlohns von 8 bis 9,80 Euro in der Stunde. Nun hat sich seit Anfang des Jahres der Eingang von Aufträgen bei der Deutschen Post erhöht. Statt aber mehr Beschäftigte einzustellen, will das Unternehmen nun eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 41 Stunden für die 55.000 Post-Beamten durchsetzen. 15.000 Arbeitsplätze sind deshalb in Gefahr. Ende April steht nun sogar ein unbefristeter Streik im Raum.

# Angriff auf das Gesundheitssystem

*Panikmache aus politischem Kalkül. Hinter den Attacken steht vor allem eins: Profitgier.*

von Harald Mahrer, SLP-Wien

Die Presse schießt aus allen Rohren. Die Krankenkassen wären nahezu pleite, die Kosten würden explodieren, überhaupt wird das Gesundheitssystem unfinanzierbar. Die Politik beteuert, die angedachten Reformen hätten vor allem eins im Sinn: Das beste Gesundheitssystem der Welt zu sichern. Irgendwie kommt das bekannt vor, war da nicht mal was mit dem Pensionssystem?

#### Gesundheitssystem pleite?

Am Anfang verbreiten die neoliberalen "ReformerInnen" wie so oft Lügen. Die Kosten des Gesundheitssystems sind in den letzten zehn Jahren in absoluten Zahlen gestiegen, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist mit rund 10% jedoch gleich geblieben. Die Gesundheitsausgaben liegen in Österreich knapp über dem OECD-Schnitt, jedoch niedriger als in Deutschland oder Frankreich. In den USA liegen die Gesundheitsausgaben zum Beispiel bei ca. 15%

des BIP. Dort sind jedoch die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit niedriger als in Österreich, dafür betragen die privaten Ausgaben ein Vielfaches. Dahin fährt auch in Österreich der Zug. Gesundheit soll zunehmend privatisiert werden, private Versicherungen und Gesundheitsdienstleister sollen mit Krankheit und Leid Geschäfte machen dürfen.

Für die Zukunft wird eine Kostenexplosion vorhergesagt. Der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BIP soll sich bis 2050 verdoppeln, jener für Pflegeleistungen sogar nahezu verdreifachen. Es geht um viel Geld, die Privaten reiben sich die Hände. Doch wohin geht das Geld heute?

#### Pharmaindustrie verdient

Während 1997-2005 die Kosten für Krankenhäuser (+33,9%) und ÄrztInnen (+35,2%) nur unwesentlich stärker gestiegen sind als die Beiträge der Versicherten (+31,2%), sind die Kosten für Medikamente (+70,6%) explodiert. Die Pharmaindustrie argumen-

tiert mit immer höherem Forschungsaufwand. Auffällig sind jedoch die Superprofite der Konzerne. Pfizer beklagt dieser Tage den Rückgang der Profite von 3,39 Mrd. US\$ auf nur 2,78 Mrd. US\$, obwohl seit 2004 23% der Belegschaft (ca. 25.000 Jobs) abgebaut wurden. (Quelle: New York Times, 18. April 2008) Novartis meldete einen Anstieg des Profits um 10% auf 2,38 Mrd. US\$. Dies sei unter anderem ein Erfolg des Sparkurses des Konzerns (Reuters 21.04.2008). Die 240 MitarbeiterInnen von Novartis in der Forschungsabteilung in Wien, denen gerade ein "Sozialplan" mit auf den Weg in die Arbeitslosigkeit gegeben wurde, wird es freuen, "ihren Beitrag geleistet zu haben".

Gleichzeitig werden "ExpertInnen" nicht müde, Einsparungen in der Verwaltung (=bei der Belegschaft) der Sozialversicherungen einzufordern. Die Kosten für die Verwaltung machen gerade 3% des Gesamtvolumens aus, während fast 22% für Medikamente aufgewendet werden. Laut Rechnungshofbericht

sind die Krankenkasse überhaupt nur wegen der Regierungsmaßnahmen der letzten 10 Jahre im Minus (z.B. müssen die Krankenkassen nun USt für Medikamente an den Finanzminister zahlen).

#### Vermögen besteuern. Aber wie?

Die Regierung hat – etwas halbherzig aber doch – eine Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung des steigenden Finanzierungsbedarfs im Gesundheitswesen beschlossen. Das wäre ein wichtiger Schritt, schließlich ist der Anteil der Vermögensbesteuerung am Gesamtsteueraufkommen in Österreich skandalös niedrig. Nur etwa 0,5% des Steueraufkommens kommen aus der Besteuerung von Vermögen, in den alten Ländern der EU (EU-15) liegt dieser Anteil etwa 4 Mal so hoch bei ca. 2,1%. Allerdings ist fraglich ob sie praktisch jemals kommt.

Gesundheit kostet Geld, soviel ist klar. Die SLP fordert daher zur ausreichenden Finanzierung eines flächendeckenden Gesundheitssystems, ohne

soziale Barrieren (z.B. durch Selbstbehalte):

- ▶ Erweiterung der Bemessungsgrundlage zur Sozialversicherung für Unternehmen auf die gesamte Wertschöpfung.
- ▶ Abschaffung aller Selbstbehalte, kostenloser Zugang zum Gesundheitswesen für alle in Österreich lebenden Menschen.
- ▶ Verstärkung der Prävention. Positive Anreize für Versicherte zur Vorsorgeuntersuchung zu gehen (z.B. in der Arbeitszeit).
- ▶ Anhebung der Vermögensbesteuerung auf EU-Niveau
- ▶ Vergesellschaftung der Pharmaindustrie unter demokratischer Kontrolle durch Belegschaft und Gesellschaft. Nur so können Gelder effizient in der Forschung für bessere Medikamente eingesetzt werden und Preistreiberei verhindert werden.
- ▶ Vergesellschaftung des Bankwesens, um die großen Vermögen unter Kontrolle zu haben und stark progressiv besteuern zu können.

# Frankreich, Mai 1968 – Ein Monat, der d

*Entgegen dem Mythos einer bloßen Studierendenrevolte stand tatsächlich ArbeiterInnen erkämpften sozialistischen Revolution auf de*

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Im Mai 1968 streikten in Frankreich zehn Millionen ArbeiterInnen. Die StudentInnen hatten die Universitäten besetzt, ArbeiterInnen die Fabriken. Auch große Teile nicht proletarischer Schichten radikalisierten sich nach links. Und selbst Teile von Armee und Polizei solidarisierten sich mit den kämpfenden ArbeiterInnen und StudentInnen. Frankreich stand nur wenig vor dem Sturz des Kapitalismus und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft.

## Internationale Bewegungen

Die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich fanden vor dem Hintergrund einer Welle von Kämpfen in der ganzen Welt statt. In Nordirland organisierte sich eine neue Unabhängigkeitsbewegung von katholischen ArbeiterInnen und Jugendlichen. In vielen Ländern Afrikas kämpften die Massen gegen die koloniale Unterdrückung. Von den USA ausgehend demonstrierten Millionen Menschen für das Ende der blutigen amerikanischen Intervention in Vietnam. In der stalinistischen Tschechoslowakei kämpfte die Bevölkerung für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. (Siehe auch "1968-Chronologie")

## Vermögenswachstum – aber auf Kosten der Massen

Auf Grund des langen Nachkriegsaufschwungs boomte die französische Wirtschaft noch im Jahr 1968. Für die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, die den Aufschwung möglich gemacht hatte, fielen Brosamen vom Tisch der Reichen ab. Die durchschnittliche jährliche Einkommenssteigerung von 5% und dass sich der Privatbesitz von Pkws von 1958 bis 1968 verdoppelt hatte, zeugen von einer Hebung der sozialen Situation der qualifiziertesten Schichten der ArbeiterInnenklasse. Aber diese Verbesserung entstand vor dem Hintergrund einer verschärften Ausbeutung der Mehrheit der ArbeiterInnen und der Jugend. In den gigantischen Fabrikhallen, die im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs überall wie Pilze in die Höhe geschossen waren, wurden hunderttausende ArbeiterInnen wie Vieh gehalten. Eine eigene Werkspolizei achtete rigide darauf, dass die Beschäftigten sich nicht gegen das Management auflehnten. Bei Citroen in Paris war beinahe die Hälfte der Belegschaft ImmigrantInnen, deren Löhne bedeutend niedriger waren als die ihrer französischen KollegInnen und die außerdem keinerlei politische, soziale und gewerkschaftliche Rechte besaßen.

Die Universitäten waren regelrechte Bildungskasernen, deren Ziel weniger die Vermittlung von Wissen als die Disziplinierung der StudentInnen war. In völlig überfüllten Hörsälen wurde den StudentInnen der staatlich kontrollierte Lernstoff vorgesetzt, ohne Möglichkeiten zur Kritik und Selbstständigkeit zuzulassen. In überbelegten, heruntergekommenen Wohnheimen wurden sie zusammengepfercht.

## StudentInnenrevolte

Am 1. Mai 1968 demonstrierte die Pariser Bevölkerung unter dem Slogan "10 Jahre sind genug". Gemeint waren die zehn Jahre seit dem Machtantritt des reaktionären Generals Charles De Gaulle. Am 6. Mai demonstrierten StudentInnen für die Aufhebung der Geschlechtertrennung in den Wohnheimen. Das Thema war nur Ausdruck einer breiteren Unzufriedenheit. Die Proteste wurden von der Polizei brutal unterdrückt, woraufhin sich StudentInnen stundenlang Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften lieferten. Nach Umfragen unterstützten 80% der Pariser Bevölkerung die StudentInnen. Die Regierung war gezwungen Zugeständnisse zu machen. Diese waren jedoch so gering, dass sie einerseits die Menschen nicht von den Kämpfen abhalten konnten und andererseits vielen die Möglichkeit aufzeigte, durch Kämpfe



die eigene Situation zu verbessern.

## Der Kampf beginnt

Eine große Zahl junger ArbeiterInnen sah in den Protesten der StudentInnen Perspektiven für die Lösung ihrer eigenen bedrückenden sozialen Situation. Die ArbeiterInnenjugend riss ihre älteren KollegInnen mit. Bald traten auch sie in den Streik; bei Sud Aviation gegen Kündigungen und bei der Post für höhere Löhne. Der Druck auf die Spitze der Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse erhöhte sich deutlich. Die Gewerkschaftsmitglieder drängten die Führungen von CFDT (ehemals katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (größter Gewerkschaftsbund; kommunistisch dominiert) zu einem harten Konfrontationskurs mit der Regierung und den KapitalistInnen. StudentInnen der Pariser Sorbonne und anderer Universitäten, die ihre Institute besetzt hatten, schickten Delegationen zu den Fabriken, um die ArbeiterInnen zum gemeinsamen Kampf aufzufordern. Die "kommunistische" Gewerkschaftsführung versuchte – da sie den Verlust ihres Einflusses befürchtete – zu spalten und denunzierte die kämpfenden StudentInnen und ArbeiterInnen als "AnarchistInnen", die die "Ordnung" stören würden. Doch als Folge des Drucks von unten mussten die Gewerkschaften für den 13. Mai einen eintägigen Generalstreik ausrufen. Der Streik war ein gewaltiges Zeichen der Stärke der ArbeiterInnenklasse. In Paris demonstrierten eine Million Menschen. Zu Massendemonstrationen kam es auch in anderen Städten, wie etwa Marseille (50.000), Bordeaux (50.000) oder Lyon (60.000). Doch entgegen ihrer eigenen Planung war es der Gewerkschaftsführung unmöglich den Streik nach einem Tag abzubrechen.

## Die schweren Bataillone

Am 19. Mai streikten zwei Millionen, am 21. Mai bereits zehn Millionen ArbeiterInnen. In immer mehr Fabriken traten die Belegschaften in den Ausstand. Und nicht nur das. Die 60.000 Renault-ArbeiterInnen besetzten alle ihre sechs Fabriken. Die Geschäftsleitung wurde in ihren

Büros eingesperrt. In der Renault-Getriebefabrik bei Rouen, bei Citroen in Paris und in vielen weiteren Betrieben im ganzen Land hissten ArbeiterInnen rote Fahnen auf den Dächern. Jeden Tag weiteten sich die Streiks und Proteste aus. LehrerInnen, SchülerInnen, Krankenhauspersonal, BergarbeiterInnen, FluglotsInnen, AnwältInnen, Beamte, WerftarbeiterInnen, SchauspielerInnen und viele mehr traten in den Streik. Selbst Priesterseminaristen solidarisierten sich mit der kämpfenden französischen ArbeiterInnenklasse. In der Armee und der Polizei garte es. In weiten Teilen des Landes entstanden ArbeiterInnen-, Bauern- und StudentInnenräte. In manchen Gebieten, wie z.B. dem Departement Loire-Atlantique oder den Städten Nantes und Caen, übernahmen diese als direkte Selbstvertretungsorgane der Bevölkerung die faktische Macht. Landarbeitergewerkschaften versorgten die Streikenden mit Essen.

Die Bewegung war auf ihrem Höhepunkt. Entscheidend dafür war, dass die engen Grenzen, die den StudentInnen und ihren Aktionen gesteckt waren, durchbrochen worden waren. Die ArbeiterInnenklasse hatte sich mit ihrer gesamten Macht in den Kampf begeben. Die "leichte Kavallerie", wie Trotzki die StudentInnen und Intellektuellen bezeichnete, hatten die "ersten Manöver" durchgeführt. Ein Sieg ist aber nur mit Hilfe der "schweren Bataillone des Proletariats" – sprich der ArbeiterInnenklasse möglich. In kürzester Zeit hatte sich Frankreich von einem Land "das sich langweilt", wie die Zeitung Le Monde noch im März festgestellt hatte, zu einem Land in einer vorrevolutionären Situation entwickelt. Die ArbeiterInnenklasse hatte mit Unterstützung durch StudentInnen und Bauern dem Kapitalismus einen entscheidenden Schlag versetzt. Der endgültige Sturz des Kapitalismus und der Aufbau eines demokratischen Sozialismus stand auf der Tagesordnung. Ende Mai lag die Macht auf der Straße – doch die Führung der ArbeiterInnenorganisationen weigerte sich, sie aufzunehmen.

## Der Wendepunkt

Präsident Charles De Gaulle kehrte am 19. Mai von einem Staatsbesuch in Rumänien zu-

rück und reiste, da er den Pariser Ellyseepalast für nicht sicher genug hielt, kurz darauf zu den französischen Streitkräften nach Deutschland.

Die Führung der beiden Gewerkschaften versuchte mit allen Mitteln die revolutionäre Bewegung zu bremsen und sie "in parlamentarische Bahnen" zu lenken, wie es der "kommunistische" Gewerkschaftsführer Georges Seguy ausdrückte. Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung wollten CGT- und CFDT-Führer mit der Regierung verhandeln! Mit einer Regierung also, die es de facto nicht mehr gab, die keinerlei Macht mehr besaß und teilweise geflohen war. Die KP bestand darauf, dass der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die "unmittelbaren Forderungen" der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Als Seguy am 27. Mai in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz zu verkünden, dass er in Verhandlungen Erhöhungen der KV-Löhne von bis zu 80% und die besten Sozialleistungen seit Kriegsende herausgeholt hätte, wurde er ausgepiffen und seine Rede von einer aus 30.000 Kehlen gebrüllten Parole unterbrochen: "Gouvernement populaire!" (Volksregierung). Trotzdem ließen sich die GewerkschaftsführerInnen auf die faulen Kompromisse mit der Regierung ein. Der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen, demokratisch-sozialistischen Gesellschaft wurde geopfert. Am 30. Mai kehrte Charles De Gaulle mit einer Panzerarmee nach Paris zurück. Die letzten Streiks endeten im Herbst.

## Die Lehren des Mai 1968

Das Bewusstsein von Millionen Menschen hatte sich im Mai 1968 innerhalb weniger Wochen von Kämpfen für soziale Verbesserungen hin zum Aufbau einer neuen Gesellschaft verändert. Doch die Bewegung wurde von ihrer Führung verraten. Die Führung der KPF und der Gewerkschaften, die alles andere als Interesse am Sturz des Kapitalismus zeigten, hatten die Bewegungen auf Tagesforderungen reduziert, gebremst und sie damit ausgeliefert. Das Problem war der Mangel an einer "alternativen" revolutionären Massenorganisation, die nach dem Versagen der "kommunistischen" Führung die Bewegung zum Sieg hätte führen können. Trotz alledem strahlte die Bewegung auf viele Länder Europas und der ganzen Welt aus. In Spanien, Griechenland, Großbritannien, Deutschland und im Besonderen in Italien radikalisierten sich StudentInnen und weite Teile der ArbeiterInnenklasse und traten den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse an. Wäre die Revolution in Frankreich erfolgreich gewesen und nicht von ihrer "Führung" verraten worden – es wäre wohl der Beginn einer neuen Zeit für Europa und die Welt geworden.

Auch heute stellt sich in Frankreich und International die Frage des Aufbaus neuer kämpferischer Organisationen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend. In Frankreich, Deutschland, Griechenland und vielen anderen Ländern ist es in den letzten Jahren wieder vermehrt zu Streiks und Kämpfen gegen Regierung und Kapital gekommen. Viele weitere werden folgen. Entscheidend für den Erfolg dieser Bewegungen ist, ob die ArbeiterInnenklasse und die Jugend dann mit ihren eigenen kämpferischen Parteien und Gewerkschaften auftreten kann. **La lutte continue – der Kampf geht weiter!**

## VERANSTALTUNGEN

68–2008: Italien

Mittwoch, 14.05.'08 19:00

Ort: "Fünfhäuser Stüberl", Wien 15.; Löhrgasse 13 (Nähe Westbahnhof)

68–2008: Jugend in Revolte? - mit Fritz Keller  
Mittwoch, 21.05.'08 19:00

Ort: "Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftgasse 8

# Die Welt erschütterte

sch die Frage einer durch die  
r Tagesordnung.



## 1968 – Eine Chronologie der Ereignisse

1968 wurde von der UNO zum Jahr der Menschenrechte ausgerufen. Doch in Erinnerung blieb es als Jahr der Revolten, des gesellschaftlichen Umbruchs. Was geschah in diesem Jahr?

5. Januar: Alexander Dubcek wird erster Sekretär der KP der Tschechoslowakei.

30. Januar: Im Vietnamkrieg beginnen nordvietnamesische und Einheiten der "Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams" die Tet-Offensive unter General Võ Nguyễn Giáp, die für die amerikanischen und südvietnamesischen Truppen völlig überraschend kommt. Zwar scheitert die Offensive militärisch, aber sie ist sowohl politisch als auch psychologisch sehr wirksam. Danach regen sich starke Proteste gegen den Vietnamkrieg der USA in aller Welt und leiten den sukzessiven Rückzug der USA aus Vietnam ein.

1. Februar: Im Vietnamkrieg tötet der Polizeichef von Saigon Nguyễn Ngọc Loan vor Reportern einen festgenommenen Vietcong durch einen Kopfschuss. Ein Foto dieser Exekution wird zu einem der bekanntesten Bilder des 20. Jahrhunderts.

8. März: Studentendemonstrationen in Polen, Beginn der März-Unruhen in Polen.

16. März: Massaker der US-Army an 503 Zivilisten in My Lai (Son My), Südvietnam.

April: Der "Club of Rome" wird gegründet. Die Idee stammt von dem italienischen Industriellen Aurelio Peccei, Mitglied der Firmenleitung von Fiat und Olivetti, sowie dem Schotten Alexander King, Direktor für Wissenschaft, Technologie und Erziehung bei der OECD und soll zeigen, dass KapitalistInnen so human sind.

3. April: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein begehen in Frankfurt Brandanschläge auf Kaufhäuser. Es entsteht ein Schaden von knapp 675.000 DM, Menschen werden nicht verletzt. Die Täter werden im nachfolgenden Prozess zu drei Jahren Haft verurteilt.

4. April: Martin Luther King wird auf dem Balkon des Lorraine Motels in Memphis (Tennessee) mutmaßlich von James Earl Ray erschossen. Die Hintergründe der Tat bleiben rätselhaft.

11. April: Josef Bachmann fügt dem Studentenführer Rudi Dutschke lebensgefährliche Schussverletzungen zu.

3. Mai: In Paris beginnt die Besetzung der Sorbonne.

6. Mai: Erste Straßenschlacht um die besetzte Universität stellt den Beginn der sogenannten Mai-Unruhen dar.

13. Mai: USA und Nordvietnam beginnen Friedensverhandlungen.

17. Mai: Ein Generalstreik dehnt sich auf gesamte Industriezweige Frankreichs aus.

30. Mai: Der deutsche Bundestag verabschiedet mit einer Zweidrittelmehrheit die "Notstandsverfassung" die gegen linke KritikerInnen eingesetzt wird.

2. Juni: In Novi Beograd gab es für ein Konzert nicht genügend Karten, weil Mitglieder einer großen Baubrigade des offiziellen Jugendverbandes privilegiert wurden. Es kam zu tumultartigen Szenen und die Miliz reagierte mit dem Einsatz von Schusswaffen, es gab zahlreiche Verletzte.

3. Juni: Die Belgrader StudentInnen besetzten daraufhin die Hochschule in Belgrad, die sie in "Rote Universität Karl Marx" umbenannten. Sie begreifen sich als die wahren MarxistInnen und prangern Unfreiheit und gesellschaftliche Ungleichheiten in ihrem Land an. "Wir fordern die Aufhebung aller Privilegien, welche in unserer Gesellschaft bestehen", hieß es.

5. Juni: Ermordung von Robert F. Kennedy.

7. Juni: Die Aktionisten Günter Brus, Otto Muehl, Valie Export und Oswald Wiener sorgen unter den Titel "Kunst und Revolution", der sogenannte Uni-Ferkelei im NIG der Uni-Wien für einen Skandal.

29. Juni: Dem "Globuskrawall" in Zürich gingen die Konzerte der Rolling Stones und von Jimi Hendrix voraus, die beide in Krawallen mit der Stadtpolizei endeten. Der Zürcher Stadtrat entschied, das damals leer stehende provisorische Gebäude des Kaufhauses Globus beim Zürcher Hauptbahnhof nicht für ein autonomes Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen

20./21. August: Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR stellt das Ende des Prager Frühlings dar.

Oktober: Bei der sog. "Attacke auf Tokio" kam es zu tagelangen Unruhen, an denen sich StudentInnen und ArbeiterInnen beteiligten. Das Parlament, die Polizeistationen, die US-Botschaft und der Bahnhof Shinjuku wurden von Protestierenden angegriffen bzw. besetzt.

2. Oktober: Das Massaker von Tlatelolco an ca. 500 Studenten beendet die mexikanische Studierendenbewegung, zehn Tage vor Eröffnung der XIX. Olympischen Sommerspiele.

Oktober: Die zwei afroamerikanischen Leichtathleten Tommie Smith und John Carlos streckten während der Siegerehrung des 200m-Laufs die schwarzbehaute Faust nach oben. Mit diesem Symbol der Black Panthers protestierten sie gegen die Diskriminierung der afroamerikanischen Bevölkerung. Beide Sportler wurden daraufhin vom Olympischen Komitee der USA lebenslang von den Spielen ausgeschlossen.

5. November: Richard Nixon gewinnt die Wahl zum 37. Präsidenten der USA.

## Von Otto Bauer bis Christian Felber: Ein "neuer" dritter Weg in die alte Sackgasse

1968 waren die Debatten hitzig: Wohin wollte man? Welche Gesellschaft sollte das Ziel sein? Die stalinistischen Staaten waren wenig attraktiv, insbesondere nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. Die westlichen Demokratien waren mäßig demokratisch, so wurden z.B. in Österreich die Nazi-Täter nicht wirklich zur Verantwortung gezogen. Der Kapitalismus hatte zwar seit 1945 noch keine tiefe Krise erlebt, aber Arbeitsdruck und soziale Ungerechtigkeiten existierten dennoch.

In allen revolutionären Situationen und bei großen Bewegungen stellt sich die Frage nach einer politischen und wirtschaftlichen Alternative. Und wie das Amen im Gebet kommt immer wieder die Idee eines "dritten Weges" (Otto Bauer). Oder einer "Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus" wie Christian Felber von Attac Österreich in seinem jüngsten Buch schreibt.

### Erfolgreiche 68er?

Glaukt man rechten KommentatorInnen, dann waren die 68er erfolgreich mit ihrem dritten Weg und haben sich in Staat und Gesellschaft breit gemacht. Tatsächlich sind manche der Ideen der 68er Generation bezüglich Frauenbefreiung, Sexualität, Kindererziehung etc. heute "common sense". Und ja, es gibt eine Reihe von Ex-68ern, die wichtige Posten z.B. in den Medien haben. Aber gerade die 68er sind ein gutes Beispiel für die Beschränktheit in Umfang und Dauer eines dritten Weges. Auch wenn Gleichberechtigung heute "eh klar" ist, verdienen Frauen nach wie vor ein Drittel weniger als Männer. Und der freie Bildungszugang als Mittel in Richtung Chancengleichheit wurde schon längst wieder abgeschafft.

### Woher kommt der dritte Weg?

Seit den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung gibt es unterschiedliche Programme und strategische Vorstellungen, die sich grob in reformistische und revolutionäre Ideen einteilen lassen. Das Konzept des dritten Weges behauptet zwar dazwischen zu stehen, meint aber letztlich die (Ab-)Lösung von Ausbeutung und Unterdrückung ohne die revolutionäre Abschaffung des Kapitalismus. Das hat bedeutet, dass z.B. Lassalle hoffte, mittels Konsumgenossenschaften Nischen für die ArbeiterInnenklasse zu schaffen. Otto Bauer lehnte die Oktoberrevolution in Russland ab und verhinderte tatkräftig eine sozialistische Revolution in Österreich 1918.

### Globalisierungskritik und dritter Weg

Im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung seit den 1990er Jahren wird wieder heftig über Alternativen zum Kapitalismus diskutiert. Eine Reihe von KapitalismuskritikerInnen hat eine Vielzahl von Büchern geschrieben, die die kapitalistischen Ungerechtigkeiten, die Ausbeutung und Plünderung von Mensch und Natur sowie die fehlende Demokratie sehr gut aufzeigen. Und sich dann, wenn es zur Frage kommt: "Was ist die Alternative?", auf moralische Appelle beschränken.

### Felbers alte "Alternative"

Diesen Weg geht auch Christian Felber, Mitbegründer von Attac. In seinem Buch "Neue Werte für die Wirtschaft – Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus" bringt er eine Menge interessanter und guter Beispiele für die Perversionen des Kapitalismus. Gängige neoliberale Schlagworte wie "geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut" werden leicht verständlich zerlegt. Aber das war es dann auch schon. Während er bei der Analyse des Kapitalismus jede Menge Fakten und Quellen benützt, beschränkt sich seine Analyse des "Kommunismus" auf in einer Handvoll von Sätzen wiedergegebenen Standardvorurteilen. Kommunismus wird mit den stalinistischen Staaten gleichgesetzt. Historische Veränderungen (z.B.

die Entwicklung von der Oktoberrevolution zum Stalinismus und der Kampf gegen den Stalinismus) kommen nicht vor. Über den Lebensstandard, der durch die Planwirtschaft (trotz der Einschränkungen durch die Bürokratie) erhöht wurde, verliert er kein Wort. Sein Urteil beschränkt sich auf "persönliche Initiative, Kreativität und Mitbestimmung sind nicht gefragt". Die Initiative und Kreativität von tausenden KommunistInnen in der Revolution, die Mitbestimmung in den demokratischen Strukturen unmittelbar nach der Revolution, die globale Bewegung nach 1917 – das alles gibt es für ihn nicht.

Felbers "Alternative" konzentriert sich dann auf ein neues Wertesystem, in dem nicht Gewinnstreben und Egoismus, sondern das Allgemeinwohl im Zentrum steht. So weit, so gut. Aber wie auch andere VerfechterInnen eines "dritten Weges" übersieht er dabei die Frage "wer soll das umsetzen". Beziehungsweise übergibt er die Verantwortung dafür einem scheinbar neutralen Staat. Wie schon Hans-Peter Martin mit der "Globalisierungsfalle" geht er davon aus, dass der Staat (bei HP Martin war es noch die EU) die Rahmenbedingungen für eine nach einem solchen neuen Wertesystem ausgerichtete Wirtschaft fixieren sollte. Zuerst wird die Macht der Unternehmen – auch über die Politik – erklärt, dann soll sich eben jene Politik plötzlich aus dieser Fessel befreien und im Sinne der Allgemeinheit agieren. Eine Illusion, die ignoriert, dass der Staat vor allem ein Instrument der herrschenden Klasse ist. Ein Staat der heute zudem immer weniger als "Sozialstaat" agiert, sondern sich zuweilen (wieder) recht offen als Überwachungs- und Polizeiapparat präsentiert.

### Echte Demokraten?

Otto Bauer trat für eine Leitung der Betriebe durch eine Drittelparität aus Beschäftigten, KonsumentInnen und Staat ein. Christian Felber ist für ein "demokratisches Vierer-Kleeblatt", das Bauers Modell um den Feminismus (Gender-Gremium) ergänzt. Beide Modelle sollen im Rahmen des Kapitalismus funktionieren, beide meinen damit dem Kapitalismus die Schärfe nehmen zu können. Und beide gehen davon aus, dass die ArbeiterInnenklasse nicht in der Lage ist, Wirtschaft und Gesellschaft selbst zu organisieren, zu planen und zu verwalten. Dafür gibt es bei Felber, nachdem er korrekt kritisiert hat, dass es in den Betrieben keine Demokratie gibt, weiterhin eine Regierung und eben den Staat (sapparat).

### Sozialismus statt Sackgasse dritter Weg

Die Idee des dritten Weges kommt in revolutionären Perioden immer wieder auf, weil er eine scheinbar "leichtere" Lösung ist, als eine sozialistische Revolution. Auch 1968 wurde so gebremst. Faktisch ist der dritte Weg aber gar keine Lösung, da er nicht in der Lage ist, an den Ungerechtigkeiten des Kapitalismus auf Dauer etwas zu ändern. Zwar kann als Reaktion auf die revolutionäre Energie das Kapital Zugeständnisse machen – aber diese werden rasch wieder zurück genommen, wenn sich das Kräfteverhältnis ändert. Trotzdem: Der dritte Weg ist und bleibt eine kapitalistische Sackgasse. Genauso bemerkenswert stellt sich aber der Umstand dar, dass wir heute wieder verstärkt über Konzepte diskutieren, wie Alternativen zum Kapitalismus aussehen können. Insofern ist Felbers Buch auch ein willkommener Beitrag zur Debatte um Programm und Strategie der Bewegung.

Christian Felber

Neue Werte für die Wirtschaft – Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus

Deuticke, ISBN 978-3-552-06072-2

## Der Wiener Fackelzug

Ein kleiner Rückblick auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen

von Martin Ramberger,  
SLP-Wien

Die Sozialistische Jugend, die Jugendorganisation der Sozialdemokratie, gibt es seit über 100 Jahren. Der SJ-„Fackelzug“ ist traditionell am 30. April, dem Vorabend des 1. Mai und ein Barometer für die Entwicklung der Bewegung.

### Zwischenkriegszeit

Seit ihrer Gründung galt die SJ, damals noch SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend), als linkes Gewissen der Sozialdemokratie. Sie wurde zu einer ernst genommenen politischen Kraft mit hunderten von aktiven Gruppen und zehntausenden von Mitgliedern. Sie trat der austrofaschistischen

Diktatur entgegen. Am 30. April 1933 demonstrierte die SAJ ihre Entschlossenheit. Trotz Demonstrationsverbot beteiligten sich Zehntausende am Fackelzug, der im Wienerwald stattfand. Die Polizei bereitete den Regime-GegnerInnen einen blutigen Empfang. Viele SAJlerInnen gingen danach in den illegalen Widerstand und kämpften später im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Franco-Faschismus.

### Nach dem 2. Weltkrieg

Internationale Themen waren ein starker Anknüpfungspunkt für die SJ nach dem 2. Weltkrieg: Z.B. der Krieg der USA gegen Vietnam. Der Fackelzug der SJ 1967 wurde spontan zum Amerika-Haus (US-Kulturinstitut) umgeleitet. Am Mai-Aufmarsch gab es dann Auseinandersetzungen mit der SPÖ-Bürokratie um USA-kritische Transparente. Der Unmut über die Partei wuchs auch in anderen sozialdemokratischen Jugendorganisationen wie dem VSM (MittelschülerInnenorganisation) oder dem VSSTÖ (Studierendenorganisation). Am 1. Mai 1969 kam es auf einem „Blasmusikfest“ der Wiener SPÖ zu schweren Auseinandersetzungen: Gegen

VSSTÖ-Mitglieder, die über die Beschäftigungssituation in Wien diskutieren wollten, ließ die Parteiführung brutale Polizeigewalt einsetzen. Dann fing die Parteiführung an die Jugendorganisationen, allen voran die SJ, zu „disziplinieren“. Bis in die 1980er Jahre war die SJ – gerade auch wegen ihrer Widerspenstigkeit – so etwas wie eine

Massenorganisation. Ihr Potential und Mobilisierungsgrad waren enorm. An den Fackelzügen nahmen tausende Jugendliche teil. Anfang der 1990er Jahre folgte dem allgemeinen Rechtsruck der SPÖ auch in der SJ eine Wende: Der Ausschluss der Gruppe „Vorwärts“ (aus der später die SLP entstand) war ein Höhepunkt der Hexenjagd gegen Linke in der Sozialdemokratie. Am Fackelzug 1992 wurde von der SJ-Bürokratie Polizeigewalt gegen den Vorwärts-Block eingesetzt.

### Und heute?

Trotz des großen Unmuts in Teilen der Jugendorganisationen über den Kurs der Parteiführung waren die Fackelzüge der letzten Jahre eher schwach besucht und in ihren Slogans sehr allgemein gehalten. Der großen Tradition gerecht zu werden hieße heute eine breite linke Jugendmobilisierung auf die Beine zu stellen. Ein offener, von kämpferischen Linken gemeinsam organisierter Fackelzug würde sich freilich offensiv gegen die SPÖ-geführte Regierung und ihre neoliberale Politik richten. Doch will das die SJ-Spitze vielleicht nicht?



## Faschismus als Psycho-Experiment?

Anmerkungen zum Film „Die Welle“

von Margarita Döller,  
SLP-Wien

Das Buch und somit auch die (jetzige Neu-)Verfilmung basieren auf einem Experiment, das 1967 in den USA durchgeführt wurde. Der Geschichtslehrer Ron Jones und seine SchülerInnen führten an einer High School in Palo Alto Verhaltensnormen des Nationalsozialismus ein. Er wollte den SchülerInnen im „Selbstversuch“ den Vergleich mit Jugendorganisationen der NSDAP demonstrieren. Das Experiment „Die dritte Welle“ sollte nur einen Tag dauern. Es artete aus und nach fünf Tagen beendete Ron Jones den Versuch.

### „Alter Stoff, neue Location“

Die Neuverfilmung spielt im heutigen Deutschland und die ursprüngliche Geschichte wurde dahingehend etwas verändert. Im Rahmen einer Projektwoche zum Thema Staatsformen startet der Lehrer Rainer Wenger ein Experiment. Ein Experiment, das den SchülerInnen zeigen soll, dass es jederzeit möglich ist, die Massen zu ma-

nipulieren und die Gefahr einer Diktatur auch im heutigen Deutschland gegeben ist. Er fängt an, militärähnliche Umzugsformen in den Alltag einzuführen. Doch schon bald steigt Rainer Wengers persönliche Begeisterung, weil er seine verhassten KollegInnen mit den lärmenden Übungen stören kann, und dieser Funke springt auch auf die SchülerInnen über. Die Bewegung bekommt den Namen „Die Welle“.

Sie verbreitet sich sehr schnell. Immer mehr SchülerInnen werden in ihren Bann gezogen, Andersdenkende werden ausgegrenzt. Als es bald zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Jugendlichen kommt, will Rainer Wenger das Experiment beenden...

### Sozialistische Kritik

Das Experiment „Die Welle“ baut auf einer völlig falschen Analyse des Faschismus auf. Ron Jones und alle Befürworter wollen uns zeigen, dass der Mensch an sich schlecht ist. Man würde nur die richtigen psychologischen Tricks benötigen, um die „böse“ Seite her-

vorzukehren und die Gesellschaft dahingehend zu manipulieren. Also wäre Faschismus jederzeit und überall auf der Welt möglich. Doch so einfach ist das zum Glück nicht. Natürlich spielt die psychologische Ebene eine Rolle, wenn man die Massen unter einem Banner vereinen will. Aber die faschistischen Diktaturen in Deutschland, Österreich, Spanien etc waren nur möglich, weil die wirtschaftlichen und sozialen Umstände, sowie nicht zuletzt das politische Kräfteverhältnis diese ermöglichten. Massenarbeitslosigkeit, Armut und vor allem die vorher gescheiterten sozialen Bewegungen, welche die Linke führte, bildeten den Nährboden für die nationalsozialistischen Ideen.

NS-Regime und Auschwitz hätten unserer Meinung nach verhindert werden können! Und zwar durch eine entschlossene Strategie der ArbeiterInnenbewegung gegen den Faschismus. Solche konkreten Fragen, welche genauso die Auseinandersetzung mit den Nazis heute betreffen, scheinen den Machern der „Welle“ freilich egal.

## Die SLP im März & April: Erfolgreiche Bundeskonferenz

Ende März fand in Wien-Floridsdorf die zweitägige SLP-Jahreskonferenz statt. Sie begann samstags mit politischen Grußworten aus Griechenland, Österreich und Sri Lanka. Dann folgten Debatten zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu österreichischen Perspektiven. Die Berichte aus Salzburg, Kärnten, Oberösterreich und Wien waren stark vom Zustand der Regierung, der wirtschaftlichen Situation und vor allem dem Vormarsch der Rechtsextremen geprägt. Wichtig war dabei immer das

Fehlen einer neuen ArbeiterInnenpartei. Die positive Grundstimmung wurde durch viele kleine Schritte verstärkt.

### Rekord beim Spendenappell

An der Konferenz nahmen neben den internationalen Gästen auch BesucherInnen, die nicht Mitglied der SLP sind, teil. Bereits am Samstagmorgen entschied sich ein langjähriges SWI-Mitglied zum Beitritt. Der diesjährige Spendenappell übertraf mit 4.000 Euro alle Erwartungen, wobei

ein Teil dafür als Reserve für einen allfälligen Wahlkampf zurückgelegt wird.

Nachdem Sonntag früh alle Spuren der Party beseitigt waren, begann der Tag mit einem Film über die Arbeit des letzten Jahres und einer Debatte zum Aufbau der SLP. Darin wurde der Jugendschwerpunkt der kommenden Periode deutlich. Unsere griechische Genossin gab eindrucksvolle Beispiele über die erfolgreiche Jugendarbeit an griechischen Schulen. Neue junge GenossInnen wurden in den Bundes-

vorstand gewählt. Wichtige politische Grundlagen zu Gewerkschaften, Rassismus und MigrantInnen, FPÖ und der Rolle unsere Zeitung Vorwärts wurden beschlossen.

### Meilenstein: SLP zum Jugendvertrauensrat gewählt

Ein Meilenstein ist auch die Wahl von Genossen Flo Klambacher zum Jugendvertrauensrat in der MCE in Linz. Damit verfügt die SLP erstmals über betriebliche Verankerungen in mehreren Bundes-

ländern. Auch nach der Konferenz konnten wir bereits neue GenossInnen in unseren Reihen begrüßen. Wenn auch Du Dich für uns interessierst, melde Dich einfach im SLP-Büro.

### SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. **PSK 8812.733**

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,  
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,  
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
„Shakespeare“, Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
„Lechenauers“, Molnarplatz 16

### Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

### KLAGENFURT

jd. 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr,  
Jugendherberge – Neckheimgasse 6

### WIEN

Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 19 Uhr,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

### SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13,  
(U3, U6 Westbahnhof)

### SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Piwnica, 20., Jägerstr. 38,  
(U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

### SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,  
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Gefällt Dir das Vorwärts?



## Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und  
Kennwort „Abo“  
nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

## SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI  
[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)  
[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI-Site on China (English, Chinese)  
[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Páginas del CIT/CWI en español  
[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

ITALIEN

### Warum konnte Berlusconi siegen?

Der Wahlsieg Berlusconis ist das Ergebnis von zwei Jahren neoliberaler "Mitte-Links"-Regierung unter Prodi. In dieser Zeit fielen die Löhne auf fast den niedrigsten Stand in Europa. "Prekäre Arbeitsverhältnisse" wurden ausgeweitet, Angriffe auf die Pensionen sowie den Öffentlichen Dienst gestartet. Jetzt steht die ArbeiterInnenklasse in Italien angesichts drohender Wirtschaftskrise und damit verbundenen Angriffen ohne politische Vertretung da. Zum 1. Mal seit dem 1. Weltkrieg gibt es keine AbgeordneteN oder SenatorIn.

Die Parteien des Bündnisses Sinistra arcobaleno (Regenbogen-Linke) – die PRC (Rifondazione Comunista), die PDCI (Partei der Italienischen Kommunisten), die SD (Demokratische Linke) und die Grünen – zahlten einen hohen Preis für ihre Beteiligung an der Prodi-Regierung bzw. ihr Unvermögen, die Interessen der ArbeiterInnen und Jugendlichen zu verteidigen. Die Sinistra arcobaleno erhielt nur 3% – das ist weniger als die PRC bei den Wahlen 2006 erzielte. Der Rückgang der Wahlbeteiligung (3,5 Prozent) war der stärkste seit 1945. Besonders hoch war er in so genannten "roten" Regionen wie Ligurien (5,4 Prozent) – was die Wut vieler ArbeiterInnen widerspiegelt, die sich von der "Linken" verraten fühlen.

Die Berlusconi-Regierung wird jedoch eine Regierung der Krise sein. Die italienische Wirtschaft hat schon massive Probleme, bevor die US-Rezession auf Europa übergreift. Berlusconi erklärte bereits, die "Wirtschaftskrise wird Opfer bedeuten" und seine Regierung werde "unpopuläre Dinge" tun müssen. Das wird den Weg für explosive Bewegungen mit weiteren Generalstreiks und Massendemonstrationen ebnen. Diese Bewegungen, wie auch jene der Vergangenheit, werden die Basis sein, auf der der Aufbau einer neuen antikapitalistischen ArbeiterInnenpartei möglich sein wird. Es gibt immer noch viele AktivistInnen in der PRC und den übrigen Parteien der Sinistra arcobaleno, die sich dagegen wehren, dass sich ihre Parteien in ein misslungenes politisches Projekt auflösen. CWI-Mitglieder in Italien werden sich aktiv an diesem Prozess und den Kämpfen gegen Berlusconi beteiligen.

www.socialistworld.net

# Dalai Lama gescheitert – Heuchelei im Westen

von Markus Klostermann,  
SLP-Salzburg

Wenn von Tibet gesprochen wird, geht es meist um das Autonome Gebiet Tibet, ein Verwaltungsgebiet Chinas, das in den 50ern besetzt wurde. Seither gab es mehrere Aufstände, die aber immer niedergeschlagen worden sind. Im März kam es zu den heftigsten Protesten gegen die Fremdherrschaft seit fast 20 Jahren.

### Wirtschaftswachstum geht am Großteil der Bevölkerung vorbei

Wirft man einen Blick auf die Wachstumsraten der letzten Jahre, so ist vielleicht der/die ein(e) oder andere verwundert über die Proteste. Seit mehreren Jahren gibt es ein jährliches Wirtschaftswachstum von über zwölf Prozent, von 2006 auf 2007 stieg das BIP um 17 Prozent. Doch wie auch anderswo profitieren nicht alle Bevölkerungsschichten in gleichem Maße davon. Die Einkommen in den ländlichen Gebieten Tibets betragen gerade einmal ein Drittel derer im restlichen China. Die Menschen leiden unter ansteigenden Lebensmittelpreisen, Wohnungsnot, Jugendarbeitslosigkeit und dem Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes, die Analphabetenrate beträgt nach offiziellen Angaben immer noch 32 Prozent. Vor diesem Hintergrund begannen die zunächst friedlichen Proteste, die durch die starke staatliche Repression zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten. Das chinesische Regime versucht möglichst schnell die Proteste zu unterdrücken, wohl auch vor dem Hintergrund der Olympischen Spie-



le, die heuer in Peking stattfinden. Das bedeutet, neben der massiven militärischen Intervention, eine gründliche Zensur und Informationssperre gepaart mit gezielter Propaganda. Während Anfang April von offiziell 16 Toten die Rede war, gibt es auch Angaben über mehr als 80 Tote und hunderte Verletzte. Die staatlichen Medien stellen die Proteste als rassistische Bewegung gegen ChinesInnen dar. Die soziale Situation hat zweifellos eine ethische Komponente – es sind v.a. ChinesInnen die vom Wirtschaftsaufschwung profitieren. Übergriffe auf ChinesInnen finden zwar statt – sind aber im Gegensatz zur Propaganda Chinas nicht zentral.

### Dalai Lama will Mäßigung, Solidarität brutal unterdrückt

Das Regime macht den Dalai

Lama, das geistige Oberhaupt der TibeterInnen, und die Exilregierung für die Aufstände verantwortlich. Dieser ruft jedoch zur Mäßigung auf, womit er hinter dem Bewusstsein vieler TibeterInnen, vor allem dem der Jugendlichen, hinterherhinkt. Ein Sprecher des tibetischen Jugendkongress meinte: "Zur Zeit ist der Dalai Lama außen vor. Es ist eine tibetische Volksbewegung." Die Reaktion der westlichen kapitalistischen Regierungen ist gewohnt verhalten. Das liegt einerseits daran, dass sie selbst Diktaturen unterstützen, wie auch Österreich im Tschad. Andererseits existiert eine immer stärker werdende Abhängigkeit von der rasch wachsenden chinesischen Wirtschaft. Bei den internationalen Protesten, die die Reise der Olympischen Fackel begleiten, wurden in den letzten Wochen außerhalb Chinas

beinahe so viele Menschen verhaftet wie in China selbst – auch wenn die daraus folgenden Konsequenzen nicht zu vergleichen sind.

### Neue Strategie für Tibets Selbstbestimmung nötig

Der Kampf der TibeterInnen um Selbstbestimmung wird auf diesem Weg nicht erfolgreich sein. Es ist kein Kampf gegen ChinesInnen, sondern die staatliche Unterdrückung. ChinesInnen, die ebenso unter dem Regime leiden, sind hier auch BündnispartnerInnen.

Tibet stellt nur die Spitze eines Eisbergs von sozialen und politischen Spannungen dar, die das Regime mit Nationalismus und Repression versucht zu unterbinden. Deshalb ist es notwendig sich international, also über sprachliche und religiöse

Grenzen hinweg zu organisieren, um die Wut in effektivere Kanäle zu leiten, wie zum Beispiel Streiks. Es ist außerdem wichtig klarzustellen, dass es für die verarmten Massen keine Lösung auf kapitalistischer Basis geben kann. Beispiele dazu gibt es gleich hinter der Grenze: Bhutan und Nepal sind zwar formell unabhängig, werden aber von ausländischen Konzernen dominiert und von undemokratischen Eliten regiert. Aus all diesen Gründen ist es wichtig eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen, nicht nur in Tibet. Dafür kämpft das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) und seine Sektionen weltweit, wie China Worker in China oder die SLP in Österreich.

Mehr Infos zu Ereignissen in Tibet und China unter [www.chinaworker.info](http://www.chinaworker.info)

## Sozialist aus Sri Lanka auf Wien-Besuch

*Srinath Perera arbeitet als Rechtsanwalt mit Schwerpunkt auf Arbeitsrecht und Menschenrechte. Er ist Mitglied der United Socialist Party- USP (der srilankesischen Schwesterorganisation der SLP), und Herausgeber der Parteizeitung der USP die in singhalesischer und tamilischer Sprache erscheint. Er besuchte jüngst die Bundeskonferenz der SLP.*

**VORWÄRTS:** Kannst Du uns was zur Menschenrechtssituation sagen?

SRINATH: Es ist sehr bedrohlich im Moment. Für die kleinen Leute sind die Menschenrechte eine Art verbotener Luxus geworden. Wegen der dauernden militärischen Kampagne gegen die "Tamil Tigers" im Norden werden die Menschenrechte systematisch unterdrückt. Menschen die sich gegen den Krieg stellen sowie die große Korruption unter den herrschenden Parteien anprangern, werden als Verräter beschimpft und mit Todesdrohungen bedroht. Seit der neue Präsident Mahinda Rajapakse im November 05 an die Macht kam wurden vier Abgeordnete aus der tamilischen Minderheit getötet. Auch gegen führende GenossInnen unserer Partei gab es Morddrohungen und Angriffe. Hunderte, vor allem tamilische Leute wurden von "unbe-

kannten Gruppen" entführt. Im Jänner fand man 16 verweste Leichen von TamilInnen an einem Straßenrand in Anuradhapura einem Bezirk im Norden der unter Kontrolle des Militärs steht. Es wird befürchtet, dass es sich bei den Leichen um "verschwundene Personen" handelt. Ein wichtiger Punkt ist die Pressefreiheit. 12 Journalisten wurden in den letzten zwei Jahren bis Ende 2007 getötet. Es gibt permanent Zensur und Einschüchterungsversuche. Die USP, gemeinsam mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, steht an der Spitze einer Kampagne für Pressefreiheit.

**VORWÄRTS:** Gibt es Folter?

S: Folter ist weit verbreitet in Sri Lanka. Die Sicherheitskräfte versuchen vor allem aus tamilischen AktivistInnen Geständnisse herauszupressen. Obwohl Folter per Verfassung verboten ist, kommen immer wieder

Folterfälle ans Tageslicht.

**VORWÄRTS:** Wie ist die Situation der Gewerkschaften?

S: Obwohl Gewerkschaften bei uns formal gesehen legal und durch staatliche Gesetze geschützt sind, reagieren die Unternehmen sehr scharf auf jede Gewerkschaftsgründung. Z.B. wenn einE ArbeiterIn, einen Schritt macht, um eine Gewerkschaft im Betrieb zu gründen. (...) Nichts desto trotz haben wir in den letzten Jahren viele Gewerkschaften in Betrieben gegründet, auch in den sogenannten "Freihandelszonen" die früher absolute "No-Go Areas" für Gewerkschaften waren. Die Bürgerkriegssituation führt auch dazu, dass viele GewerkschafterInnen als "Verräter" gebrandmarkt werden und anonyme Todesdrohungen erhalten.

**VORWÄRTS:** Wie schaut die Gewerkschaftslandschaft in Sri

Lanka aus?

S: Es gibt sehr, sehr viele Gewerkschaften. Im wesentlichen Betriebsgewerkschaften. Die allermeisten sind mit einer politischen Partei verbunden. Leider werden sie von den Parteien oft dazu verwendet, um die Beschäftigten zu kontrollieren. (...)

**V:** Gibt es Proteste?

S: Es gibt tagtäglich viele kleine Kämpfe (...). Die Anzahl der Menschen, die sich wehren wollen, wächst. Immer mehr Menschen werden Mitglied der USP. Wir stellen, als einzige linke Organisation, einige Gemeinderäte und haben bei der letzten Präsidentschaftswahl trotz extrem ungleicher Ausgangsbedingungen und Repressionen mit 0,5 % der Wählerstimmen das drittbeste Ergebnis nach dem amtierenden Präsidenten und der großen bürgerlichen Oppositionspartei erreicht.

# VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 172

Mai 2008

## Gemeinsam gegen Neonazis und Rechtsextremismus!

### Auftreten der Neonazis & Rechtsextremen erreicht neue Qualität

- ▶ In der Nacht vom 23.2 auf 24.2. wurde im (!) Haus, in dem die SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch gemeldet ist, ein Hakenkreuz gesprayt.
- ▶ Bei der rechten Anti-EU-Demonstration von "Rettet-Österreich" am 29.3. traten mehrere Neonazigruppierungen offen auf. U.a. eine Gruppe rund um Gottfried Küssel, verurteilter Ex-"Führer" der "VAPO". Auch vertreten war die "Nationale Volkspartei - NVP" die sich österreichpatriotisch gibt, deren Parteiprogramm aber deutliche Parallelen zum NSDAP-Parteiprogramm aufweist.
- ▶ Bei der Anti-EU-Demo der FPÖ am 4.4. beteiligten sich RFJler und Rechtsextreme (z.B. mit "Arier"-Tattoo im Nacken). Am Ende wurden linke Jugendliche geprügelt.

### Null Toleranz für Nazis

Bei der linken Anti-EU-Demo am 5.4. musste der OrdnerInnendienst - unter führender Beteiligung der SLP - eine Gruppe FPler und Neonazis raussschmeißen.

Bei der "Infoveranstaltung" der sogenannten "Bürgerinitiative Dammstrasse - BI" verteilten Neonazis Flugblätter auf denen stand "Antifaschismus ist keine Meinung sondern eine Geisteskrankheit". Auf der gleichen Veranstaltung wurden SLPlerInnen bedroht. Die gut besuchte Veranstaltung zeigt auch wie groß das Potential für rechtsextreme Politik ist. Bezeichnend war der Schulterchluss zwischen Alltagsrassistin und katholischen FundamentalistInnen aus der ÖVP (vor allem aus dem Akademikerbund).

Auf Initiative der SLP hat sich im 20igsten Bezirk nun das Komitee "Brigittenau gemeinsam

gegen Rassismus und Nazi" gegründet an dem sich eine Reihe von Organisationen, u.a. die GPA-DJP-Jugend, die SJ 20 sowie MigrantInnenorganisationen beteiligen. Als erste größere Aktion wird die Bezirksvertretung am 21. Mai aufgefordert, eine Resolution gegen die Naziaktivitäten im Bezirk zu verabschieden. Die "Bürgerinitiative" hat überdies einen "Marsch aufs Rathaus" im Herbst angekündigt. Diesen Aufmarsch - der wieder zu einem Treffpunkt für Neonazis aus ganz Österreich werden würde - zu verhindern, hat sich das Komitee als Ziel gesetzt.

### Aktiv in ganz Österreich!

Bei der Antifa-Demo in Braunau am 19. April kamen GenossInnen aus Wien, Linz, Salzburg, Hallein und Radstadt und bildeten einen sehr lebendigen Block.

Die Linzer Polizei hat es wieder mal auf die SLP abgesehen: Weil bei einer von uns angemeldeten Antifa-Demo manche TeilnehmerInnen verummumt waren, droht uns eine Geldstrafe. Obwohl sich die SLPlerInnen nicht verummumt, sind wir auch nicht bereit, die Drecksarbeit für die Polizei zu machen und ihre Gesetze zu exekutieren.

In Hallein gab es Angriffe aus der Naziszene. Wir organisieren mit Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE am 24. April einen wichtigen Antirassismus-Workshop im Jugendzentrum Hallein. Die v.a. türkischstämmigen TeilnehmerInnen machten klar, dass sie eine Demonstration in Hallein organisieren wollen. Weitere Aktivitäten sind geplant.

### DISKUSSION

Rechtsextremismus und Neonazis in der 2. Republik

Do., 29.05.'08 um 19:00

Ort: "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)



Block der Sozialistischen Linkspartei bei der Demonstration gegen Nazis in Braunau / OÖ am 19. April 2008

## Das Problem ist der Rassismus – nicht die Moschee

Am Samstag, den 12.4. hielt die SLP eine Veranstaltung zum Thema Moscheebau in Brigittenau ab; rund 60 Personen nahmen teil. Extra ange-reist war auch der Kölner Stadtrat Claus Ludwig (SAV), der die Problematik mit der dortigen rechtsextremen Bewegung Pro-Köln beschrieb.

Auch anwesend waren einige Vertreter der so genannten "BürgerInneninitiative" Brigittenau, die gegen den Bau einer Moschee in der Dammstraße demonstriert. Bei den Diskussionen wurde vor allem die innere Gespaltenheit der Initiative sichtbar. Während ein Teil sicherlich noch aus AnrainnerInnen besteht, die sich um die Parkplatznot sorgen, ist die Initiative inzwischen eine Anlaufstelle für Rechtsradikale und Neonazis geworden. Diese

Entwicklung wird noch gefördert durch die rege Beteiligung und Unterstützung der FPÖ, die unter anderem auch die Homepage gesponsert und eingerichtet hat. Dementsprechend ist auch von den ursprünglichen Punkten Lärmbelästigung und Parkplatznot, kaum noch zu hören.

Auch die ÖVP ist laut eines Vertreters der "Bürgerinitiative" stark beteiligt. So könne die Initiative "von der ÖVP alles haben, was wir wollen".

Es ist also kein Wunder, dass die AnrainnerInnen-Gruppierung schnell zu einer Anti-Islam Bewegung umschlug.

Die Hinweise auf verstärkte Neonazisaktivitäten im Bezirk fanden VertreterInnen der "BürgerInitiative" lustig! Stark vertreten waren christliche UltrafundamentalistInnen, die

gegen "die Moslems" hetzten. Daher schlug auch die anfänglich ruhige Diskussion in ein heftiges Streitgespräch um. In diesem erteilten zahlreiche Anwesende der Hetze gegen ausländische KollegInnen eine klare Absage - die "Bürgerinitiative" geriet letztlich gehörig unter Druck. Alles in Allem war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Die SLP wird sich zu diesem Thema auch in Zukunft aktiv engagieren.

### KUNDGEBUNG

Brigittenau gemeinsam gegen Rassismus und Nazis

Mittwoch, 21.05.'08 ab 16:30

Wien 20, vor dem Amtshaus (Brigittaplatz 10)

### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at